

Zwischen Fortschritt und Stillstand: DGB bewertet den Koalitionsvertrag

Dieser Koalitionsvertrag setzt wichtige Signale: Nach Jahren der Unsicherheit gibt es endlich wieder klare Pläne für Wachstum und Beschäftigung. Das Sondervermögen für Infrastruktur ist ein bedeutender Meilenstein – wir als DGB haben lange gefordert, die nötigen Investitionen zu entfesseln. Jetzt muss die Koalition diese Chance nutzen und die nächsten Schritte schnell einleiten, damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt.

Unsere Botschaft ist klar: Wir wollen raus aus der Krise – mit einem Aufschwung, der gute Jobs schafft, statt nur die Profite zu steigern. Wir wollen faire Löhne, sichere Arbeitsplätze und eine echte Tarifwende. Absichtserklärungen allein reichen nicht – die neue Bundesregierung muss liefern. Der Staat muss seine sozialen Versprechen einlösen und den Alltag der Menschen spürbar verbessern.

Ein wirtschaftliches Sofortprogramm ist überfällig: Niedrigere Industriestrompreise, eine Investitionsoffensive, CCS-Technologien, der Ausbau der Ladeinfrastruktur, Kaufprämien für E-Autos und das Tariftrueugesetz sind zentrale Bausteine, um die Konjunktur anzukurbeln und Industriearbeitsplätze zu sichern.

In vielen Punkten sehen wir Gewerkschaften uns bestätigt: Der 500-Milliarden-Fonds für Infrastruktur, die Reform der Schuldenbremse, steuerliche Abschreibungen für Investitionen, Steuersenkungen für Arbeitnehmer*innen, ein stabiles Rentenniveau und der Mindestlohn von 15 Euro ab 2026 sind wichtige Erfolge, für die wir lange gekämpft haben. Doch jetzt zählt, dass diese Vorhaben entschlossen und zügig umgesetzt werden – nur so werden bessere Löhne, mehr soziale Sicherheit und faire Arbeitsbedingungen Realität.

Besonders erfreulich sind das geplante Bundestariftrueugesetz und die steuerliche Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen. Diese Maßnahmen sind nicht nur ein Signal, sondern echte Hebel für eine stärkere Tarifbindung – der Schlüssel für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands in unserem Land.

Wir fordern jetzt auch mehr Verantwortung von den Arbeitgebern für Wirtschaft und die Standorte in Deutschland. Das

„Endlich gibt es klare Perspektiven für Beschäftigte und Wachstum. Der Koalitionsvertrag enthält kluge und vernünftige Pläne, um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern.“

**Yasmin Fahimi,
DGB-Vorsitzende**



Foto: © Kraehahn

ewige Jammern muss ein Ende haben! Es ist Zeit, die Vorteile des Standorts Deutschland zu nutzen und mutig zu investieren, statt immer wieder die gleichen Klagen zu wiederholen. Und wir sagen es deutlich: Die Beschäftigten sind nicht das Problem. Sie leisten jeden Tag Großartiges und dürfen nicht die Leidtragenden der Wirtschaftsschwäche sein. ►

Sozialversicherungsbeiträge sind erarbeiteter Lohn – mit einem klaren Rechtsanspruch auf unverzichtbare Leistungen. Gerade in Krisenzeiten brauchen wir einen starken Sozialstaat, der die Menschen schützt. Dass das Rentenniveau bei 48 Prozent stabil bleibt, gibt den Beschäftigten zumindest bis 2031 eine Perspektive. Doch nur eine dauerhafte Stabilisierung ist generationengerecht und sinnvoll. Und die gelingt mit gut bezahlten, vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer*innen, die auf Basis fairer Tariflöhne einzahlen. Dazu gehört auch, endlich alle Selbstständigen in den Schutz der Rentenversicherung einzubeziehen.

Ein großer Schwachpunkt in der Koalitionsvereinbarung bleibt die fehlende Entlastung der Kommunen. Marode Straßen, ge-

schlossene Schwimmbäder und verfallene Schulen – das darf nicht der Alltag in einem reichen Land wie Deutschland sein. Die Kommunen müssen gestärkt werden, sonst scheitert jede Investitionsoffensive. Und schließlich: Finger weg vom Arbeitszeitgesetz! Arbeitszeit ist und bleibt Sache der Tarifparteien. Wir stehen bereit für den Dialog mit den Arbeitgebern, aber wir werden nicht zulassen, dass die Rechte der Beschäftigten aufgeweicht werden.

Der DGB wird die Umsetzung des Koalitionsvertrags kritisch begleiten. Wir werden die Regierung an ihren Taten messen – und wir werden laut bleiben, wenn die Interessen der Beschäftigten in Gefahr sind. 

Foto: © Simone M. Neumann



Im Bereich Familie überzeugen zwar der geplante Ausbau der Ganztagsbetreuung und der frühkindlichen Bildung. Auch die angekündigte Sprachförderung und Qualitätsverbesserungen in Kitas gehen in die richtige Richtung. Doch die Regierung bleibt auf halbem Weg stehen. Die zehntägige bezahlte Freistellung für Väter oder zweite Elternteile nach der Geburt eines Kindes fehlt weiterhin. Auch beim Elterngeld muss die Väterbeteiligung gestärkt werden, nicht zuletzt durch eine bessere Lohnersatzrate sowie mehr exklusive Partnermonate; aber auch die Erhöhung und Dynamisierung des Mindest- und des Höchstbetrags dürfen keinesfalls einem Finanzierungsvorbehalt zum Opfer fallen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird zwar explizit im Koalitionsvertrag genannt, doch es mangelt an konkreten Vorhaben, die sie voranbringen können. Die Vorgaben der EU-Entgelttransparenzrichtlinie sind glasklar – sie muss rasch umgesetzt und darf nicht in eine Kommission abgeschoben werden. Strukturen zur Verwirklichung der Gleichstellung in allen Ressorts lässt der Koalitionsvertrag vermissen: Den Gleichstellungs-Check für alle Vorhaben und eine geschlechtergerechte Haushaltsführung sucht man genauso vergeblich wie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. In Sachen Gewaltschutz hat sich die angehende Koalition viel vorgenommen: Erweiterungen und Verschärfungen im Straf-

recht, aber auch Präventions-, Aufklärungs- und Täterarbeit. Aus den Augen verlieren darf sie dabei nicht den Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen nach den Vorgaben des Gewalthilfegesetzes, dem auch der DGB noch am Ende der vergangenen Legislatur noch zum Durchbruch verholfen hat.

Im Bereich Bildung setzt die Koalition auf den Ausbau von Ganztagschulen, die Weiterentwicklung des Digitalpakts und stärkere Berufsorientierung. Diese Vorhaben verdienen Anerkennung. Doch der DGB fordert mehr: Eine Ausbildungsplatzgarantie und eine solidarische Ausbildungsumlage fehlen komplett. Die Regierung muss außerdem mehr in die Bildungsinfrastruktur investieren, denn jährlich sind 20 Milliarden Euro mehr nötig. Zudem bleibt das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bestehen, was dringend reformiert werden müsste, um die Bildungspolitik zukunftsfähig zu machen. Die Bildungspolitik auseinanderzureißen und auf verschiedene Ministerien zu verteilen, ist kontraproduktiv für eine Bildungsstrategie aus einem Guss.

Auch bei der Weiterbildung sehen wir Licht und Schatten. Flexible Bildungsangebote und die Förderung von Teilqualifikationen sind ein Schritt nach vorne. Bessere und schnellere Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ausland und einen Zuschuss zur Anerkennung von Berufserfahrung begrüßen wir. Doch ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Bildungs(teil)zeit fehlen. Umschulungs- und Qualifizierungsangebote für Arbeitslose bleiben unzureichend, obwohl der Strukturwandel genau solche Maßnahmen erfordert. Hier hätte sich der DGB mehr Engagement gewünscht.

Beim Punkt öffentlicher Dienst gelingt der Koalition ebenfalls kein großer Wurf. Abgesehen von der angestrebten Digitalisierungsoffensive fehlen Maßnahmen, die den öffentlichen Dienst stärken und zu einem attraktiven Arbeitgeber machen. Dabei ist genau das erforderlich, um den Personalbedarf der kommenden Jahre zu decken. Nicht einmal zur seit fünf Jahren überfälligen Herstellung der verfassungsgemäßen Bundesbesoldung konnte man sich durchringen. Dass der pauschale Abbau von Stellen in den Ministerien und der Bundestagsverwaltung die konkreteste Aussage der Koalitionäre zum öffentlichen Dienst ist, zeigt, welchen Stellenwert die Bundesbeschäftigten bei der künftigen Bundesregierung genießen. 

„Das Bundestariftreuegesetz soll endlich kommen: Damit schleicht sich der Staat nicht länger aus seiner Vorbildfunktion, sondern übernimmt konkret Verantwortung für die Tarifwende.“

Stefan Körzell, DGB-Vorstandsmitglied



Der Koalitionsvertrag setzt ein starkes politisches Signal für einen künftigen armutsfesten Mindestlohn. Auch wenn die Entscheidung über die Höhe des Mindestlohns bei der Mindestlohnkommission liegt, ist die Bezugnahme im Koalitionsvertrag auf 60 % des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten als ein Kriterium für einen armutsfesten Mindestlohn politisch ein wichtiges Zeichen. Ein höherer Mindestlohn stärkt die Kaufkraft erheblich und trägt zur Stabilisierung der Konjunktur bei. Gerade in diesen ökonomisch herausfordernden Zeiten ist dies wichtiger denn je. Besonders wichtig ist uns: Es wird keine Ausnahmen für Saisonkräfte oder andere Gruppen geben. Auch die geplante bessere Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit wird den Kampf gegen Mindestlohnbruch verbessern. Das geplante Bundestariftreuegesetz stellt einen konkreten Schritt, um die Tarifbindung zu stärken. Allerdings darf der angestrebte Bürokratieabbau nicht zu Lasten wirksamer Kontrollen gehen.

Wir begrüßen, dass eine Gewerkschaftsmitgliedschaft durch steuerliche Anreize gefördert werden soll. Der Gewerkschaftsbeitrag muss zusätzlich zum Arbeitnehmerpauschbetrag absetzbar werden, da die aktuelle Regelung Gewerkschaftsmitglieder systematisch benachteiligt.

Kritisch sehen wir die Senkung des Umsatzsteuersatzes für die Gastronomie. Dies widerspricht dem Grundgedanken, nur lebensnotwendige Güter steuerlich zu begünstigen. Bedauerlich ist zudem, dass es keinen Plan gibt, um sehr große Privatvermögen stärker zu beteiligen – weder durch eine Reform der Erbschaftsteuer noch durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Höhere Steuern für Superreiche sind eine große Leerstelle im Koalitionsvertrag. Dabei käme es genau hierauf an, um die riesigen Aufgaben der nächsten Jahre fair und gerecht zu finanzieren. Stattdessen kündigt die künftige Koalition jetzt schon massive Ausgabenkürzungen an, die Land und Leute in den kommenden Jahren hart treffen werden.

Eine große Herausforderung bleibt zudem das Thema bezahlbares Wohnen. Gut ist, dass die Mittel für sozialen Wohnungsbau und das Programm „Junges Wohnen“ aufgestockt werden. Wir begrüßen zudem die Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts, Maßnahmen gegen Share Deals und die Förderung barrierefreien Umbaus. Auch die Verlängerung der Mietpreisbremse und des Umwandlungsschutzes ist ein richtiger Schritt. Um Mieter*innen jedoch langfristig vor einer weiter steigenden Wohnkostenbelastung zu schützen braucht es eine effektive Begrenzung der Spielräume, um Mieten zu erhöhen, und einen Mietenstopp. ■

Wenn die neue Bundesregierung das Rentenniveau bis 2031 bei 48 Prozent stabilisiert, geht sie zwar einen notwendigen Schritt, schafft damit aber noch keine dauerhafte Sicherheit. Wir müssen klarstellen: Menschen erarbeiten sich ihre Rente hart – sie ist kein Almosen. Deutschland könnte sich mit seiner Wirtschaftskraft eine deutlich bessere Alterssicherung leisten.

Die Frühstart-Rente bringt kaum etwas: Mit monatlich 10 Euro Beitrag erhält man nach 60 Jahren nur etwa 30 Euro Rente – ein mageres Ergebnis bei jährlichen Kosten von 1 Milliarde Euro, das hauptsächlich Versicherungskonzernen nützt. Wir begrüßen, dass die Koalition Selbstständige in die Rentenversicherung einbeziehen will. Wir fordern aber, dass es nicht möglich gemacht wird, sich abzumelden. Wenn die Regierung Weiterarbeit nach der Rente steuerlich begünstigt, bevorzugt sie damit Gutverdiener und untergräbt die leistungsgerechte Besteuerung.

Es ist ein Rückschritt, das Bürgergeld umzugestalten. Wenn die Koalition Sanktionen verschärft, macht sie Arbeitssuchende erpressbar und spielt jenen Arbeitgebern in die Hände, die auf Niedriglöhne setzen. Dabei muss die Regierung die klaren Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts einhalten. Die Koalition macht einen Fehler, wenn sie den Vermittlungsvorrang wieder einführt. Das widerspricht dem wichtigen Ziel, Menschen zu ermutigen, einen Berufsabschluss nachzuholen. Wir müssen Arbeitsförderung am individuellen Unterstützungsbedarf ausrichten. Wenn die Koalition die Karenzzeit beim Vermögen und bei Wohnkosten abschafft, nimmt sie Beschäftigten wichtige

„Wenn die neue Bundesregierung das Rentenniveau bis 2031 bei 48 Prozent stabilisiert, geht sie zwar einen notwendigen Schritt, schafft damit aber noch keine dauerhafte Sicherheit.“

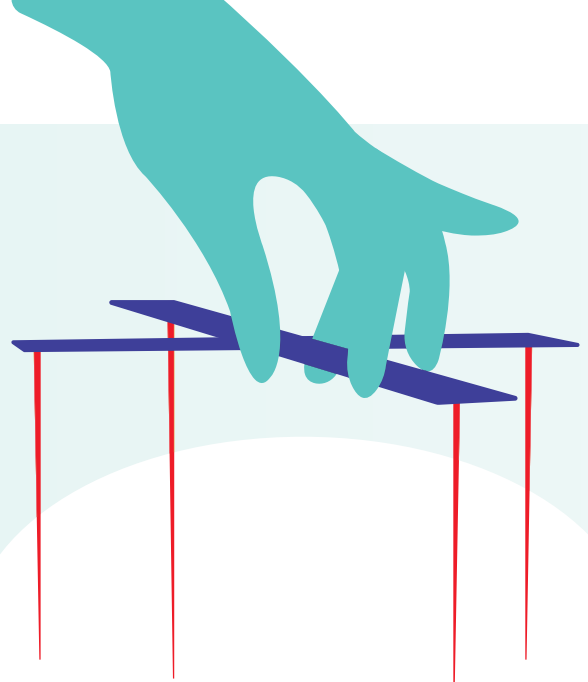
Anja Piel, DGB-Vorstandsmitglied



soziale Sicherheit. Wir brauchen zudem ein besseres Verfahren, um die Regelsätze bei Preissteigerungen zeitnah anzupassen.

Eine moderne Migrationspolitik funktioniert nur in einer offenen Gesellschaft und hier sendet die neue Koalition widersprüchliche Signale. Schnellere und harmonisierte Anerkennungsverfahren von im Ausland erworbenen Qualifikationen werden vom DGB genauso begrüßt, genau wie die Einrichtung einer digitalen Agentur für Fachkräfteeinwanderung oder die Absicherung und Stärkung von „Faire Mobilität“. Die geplanten Verschärfungen in der Migrationspolitik, wie z. B. die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs, oder die Abschiebung von Geflüchteten in Krisengebiete, sind aus Sicht des DGB mit dem Anspruch eines auf Menschenrechte und Humanität verpflichteten Landes dagegen nur schwer vereinbar. ■

Big Tech und rechte Politik: Eine Freiheit, die sie meinen



Trumps Kampf gegen die Demokratie ist auch ein Kampf um die Medienherrschaft. Die hätte auch Folgen für Europa, schreibt der Kommunikationswissenschaftler Martin Andree.

Der Aufstieg rechtsradikaler und demokratiefeindlicher Parteien in den westlichen Demokratien steht in einem offensichtlichen Zusammenhang mit dem Vormarsch der Plattformen. Von der systematischen Zerstörung der inklusiven Öffentlichkeit in den USA, der Radikalisierung der politischen Diskurse (Hate Speech, Fake News) sowie der Destabilisierung einer gemeinsamen gesellschaftlichen Wahrheit („Post-Truth“) profitieren offensichtlich vor allem Trump und die Republikaner, hierzu-lande die AfD. Wie genau haben wir also die Position des US-Vizepräsidenten JD Vance, aber auch von US-Präsident Donald Trump in Bezug auf Big Tech zu verstehen? Hier ist es nötig, den gesamten Kontext der Destabilisierung der US-amerikanischen Demokratie und die Zusammenhänge mit dem Vormarsch der Plattformen zu berücksichtigen.

Der Aufstieg rechtsradikaler und demokratiefeindlicher Parteien in den westlichen Demokratien steht in einem offensichtlichen Zusammenhang mit dem Vormarsch der Plattformen.

Diese wird lesbar als ein mehrstufiger Prozess von vermeintlichen „Befreiungen“. Die erste Befreiung stellte der Vormarsch des Internets sowie vor allem der frühen Plattformen des „Web 2.0“ dar. Die Hauptakteure in dieser Phase waren die Unternehmen, die heute die Big-Tech Konzerne darstellen (also Facebook, Youtube, Instagram etc.). Diese ermöglichten breiten Schichten der Gesellschaft erstmals eine direkte Partizipation am politischen Diskurs. Die Plattformen nutzten den Verweis auf die neuen Möglichkeiten der Meinungsfreiheit („Freedom of Speech“), um massive regulatorische Privilegien zu ergattern – sie werden bekanntlich bis heute nicht als Medien reguliert, sondern ähnlich wie Infrastruktur- oder Netzbetreiber („Inter-

mediäre“ beziehungsweise in den USA „Internet Service Provider“), weswegen sie nicht für die verbreiteten Inhalte haften müssen. Bis heute können Plattformen auch konkrete strafbare Inhalte durch Werbung oder Gebühren monetarisieren. Erst diese Fehlregulierung ermöglichte die katastrophale Verrohung des politischen Diskurses, die bis heute vorherrscht. Trump selbst sagte, ohne Twitter wäre er niemals Präsident geworden. Bis heute profitieren gerade extremistische und radikale Positionen von den entsprechenden Algorithmen der Plattformen.

Die vermeintliche „Befreiung“ des politischen Diskurses durch den Vormarsch der Plattformen war stets durch eine Furcht vor staatlicher Regulierung getrübt, die ebenso reflexartig von den Plattformen mit dem Totschlagargument gekontert wurde, dunkle staatliche Mächte wollten das „freie“ Internet „zensieren“. Damit etablierte sich die ideologische Sichtweise eines vermeintlich „freien“ Internets, wohingegen die redaktionellen Medien immer weiter delegitimiert wurden. Trump zündete hier die nächste Stufe, als er am 10. Dezember 2016 erstmals die redaktionellen Medien (hier CNN) als „Fake News“ bezeichnete. Innerhalb der Destabilisierung der gesellschaftlichen Wahrheit war ein neuer Meilenstein erreicht. Trumps Lügen standen plötzlich auf derselben Ebene wie die angeblich „manipulierten“, als „Lügen“ diskreditierten Beiträge der Redaktionen. Den vorläufigen Gipfel dieser Bewegung, in der die vermeintlichen „Fake News“ der etablierten Medien durch die angeblichen „Wahrheiten“ der Plattformen ersetzt wurden, stellten die Unruhen nach dem Wahlsieg von Joe Biden dar: Trump behauptete, die Wahlergebnisse seien gefälscht, und seine Follower*innen stürmten am 6. Januar 2021 das Kapitol.

Angeichts des Putschversuchs wurde es offenbar sogar den Tech-Riesen mulmig, Trump wurde von Twitter sowie Facebook und Instagram gesperrt. Es wurde deutlich: Niemand steht mehr über den Plattformen – auch nicht der amtierende Präsident der Vereinigten Staaten. Trump schäumte, aber er musste sich der Macht von Big Tech fügen. Nur vor diesem „Trauma“ lässt sich übrigens Trumps Gründung von Truth So-

re:publica 2025: Big Tech als Gefahr für die Demokratie

Die Dominanz der US-Digitalkonzerne ist schon lange ein Problem. Mit Donald Trump erreicht der Einfluss von ‚Big Tech‘ nun eine neue Qualität: Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt sind deshalb in Gefahr. Dazu diskutieren die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi, der Siemens-Betriebsrat Metin Bukan, die Digitalwissenschaftlerin Jeanette Hoffmann und der Wissenschaftler Martin Andree auf einem Panel (28. Mai 2025 von 13:45–14:45 Uhr) im Rahmen der diesjährigen re:publica.

cial, einem eigenständigen sozialen Netzwerk, erklären. Trump hatte seine Verwundbarkeit erkannt – und wollte verhindern, dass er jemals wieder auf eine ähnliche Weise digital „kaltgestellt“ werden konnte.

Twitter wurde 2022 von Elon Musk übernommen. Musk hat als selbsternannter „Absolutist der Meinungsfreiheit“ die wichtigsten Strukturen der Kuratierung extremer oder gar strafbarer Inhalte eliminiert – weswegen die nun vermeintlich „unzensurierte“ Plattform unter dem neuen Namen „X“ immer mehr Wasser auf die Mühlen von Radikalen und Demokratiefeinden leitet. Musk selbst unterstützt mit Posts nicht nur Trump, sondern auch etwa deutsche Rechtspopulisten wie die AfD.

Angesichts des ebenso systematischen wie planvollen Vorgehens Trumps bei der Abschaffung der US-amerikanischen Demokratie sowie seiner ebenso umtriebigen wie erfolgreichen Aktivitäten auf dem Feld der digitalen Plattformen stellt sich die Frage nach seinen Handlungsoptionen nach dem Wahlsieg. Allein durch ihre monopolistischen Marktpositionen in den verschiedenen digitalen Mediengattungen (vor allem Suchmaschinen, Social Media sowie Gratis-Video-on Demand) wären die Big-Tech-Plattformen ein attraktives Ziel für Übergriffe.

Die Plattformen nutzten den Verweis auf die neuen Möglichkeiten der Meinungsfreiheit („Freedom of Speech“), um massive regulatorische Privilegien zu ergattern.

Allerdings ist die Ausgangslage in Europa 2025 eine ganz andere als im Jahr 2017. Denn schon jetzt sind in ganz Europa die Höckes und Weidels, die Le Pens und Orbáns, die Melonis auf dem Vormarsch. Sie alle haben das trumpistische Ideologem der vermeintlich staatlich zensierten „Mainstream Media“ erfolgreich in Europa verbreitet. Und sie werden mit Freude die politischen Renditen einfahren. Entscheidend ist die Frage: Was machen wir dann eigentlich, wenn eine US-amerikanische Diktatur unter Trump zunehmend die digitalen Medien hierzulande kontrollieren kann? Obwohl Medienmonopole verfassungswidrig sind, haben wir seit Jahren widerstandslos hingenommen, dass alle demokratierelevanten digitalen Mediengattungen in der Hand der US-Monopolisten sind: Suchmaschinen (88 Prozent Google), Gratisvideo (78 Prozent Youtube), Social Media (85 Prozent Facebook und Instagram). Wir sind weitgehend abhängig von den US-Plattformen. Schon jetzt haben die Rechtsextremen in Europa das (ursprünglich linke) Ideologem der vermeintlichen „Netzfreiheit“ erfolgreich für sich gekapert. Man stelle sich vor, wie sie in Synchronisation

mit Trump und Elon Musk reagieren werden, wenn es ein ohnehin geschwächtes Europa wagen würde, die Dominanz dieser Plattformen frontal anzugreifen: „Zensur!“, könnte es heißen.

„Europäische Regierungen unterdrücken die Medienfreiheit!“ Wir erkennen, wie schlimm die Situation ist, in die wir uns selbst hineinmanövriert haben, obwohl umsetzbare Lösungen vorliegen. Aber unsere verantwortlichen Institutionen und Behörden schauen der Monopolisierung seit Jahren tatenlos zu und tun nichts. Trump wird das alles nicht interessieren. Wenn er es kann, wird er auch hier Fakten schaffen. Wie soll es dann möglich sein, in wenigen Monaten alternative europäische Plattformen oder soziale Netzwerke aufzubauen?

„Stellen Sie sich mal vor, diese Unternehmen würden irgendwann demokratiefeindlich, sie würden menschenrechtsfeindlich – und Sie können ihnen nicht ausweichen“, sagte kürzlich ausgerechnet Andreas Mundt, der Präsident des Bundeskartellamts, zum Thema Big Tech und KI. Exakt genau richtig, auch wenn diese Erkenntnis leider sehr, sehr spät kommt. Und deswegen müssen Kartellamt, die KEK (Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich) und vor allem die Bundesländer, die seit Jahren eine längst fällige Neuregelung des Medienkonzentrationsrechts verschleppen, jetzt endlich allesamt entschlossen handeln, um die Demokratie und die Medienfreiheit hierzulande langfristig zu sichern. ■

Der Text ist eine gekürzte Fassung und ist zuerst am 27. Juli 2024 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht worden. Den Text gibt es in Originallänge unter:

www.dgb.de/aktuelles/news/big-tech-und-rechte-politik-eine-freiheit-die-sie-meinen



Prof. Dr. Martin Andree lehrt Medienwissenschaft an der Universität zu Köln. Er forscht seit mehr als 15 Jahren zur Dominanz von Big Tech. Foto: © Wikipedia Commons/Noci96

IMPRESSUM:

Herausgeber Deutscher Gewerkschaftsbund, Anschrift: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion einblick, Keithstraße 1, 10787 Berlin, Telefon: 030 /240 60-615, E-Mail: einblick@dgb.de **V.i.S.d.P.** Katrin Münch-Nebel **Redaktion** Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit** Luis Ledesma **Layout** 313.de **Druck** und Vertrieb DCM Druck Center Meckenheim GmbH **Abonnements** abo-einblick@dgb.de **E-Mail-Newsletter** www.dgb.de/einblicknewsletter **Nachdruck** frei für DGB und Mitglieds-gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch die Redaktion. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Redaktion und Autor*innen.

DGB

Das Bildungssystem insgesamt muss finanziell besser ausgestattet werden

Ein inklusives, gut ausfinanziertes, von qualifizierten Fachkräften getragenes Bildungssystem von der Kita bis zur Weiterbildung – das ist das Ziel. Die GEW-Vorsitzende Maïke Finnen spricht im einblick-Interview über die Herausforderungen der Bildungspolitik, den Fachkräftemangel und ihre Vision für ein gerechteres Bildungssystem.

Die Bildungspolitik steht vor großen Herausforderungen. Was sind die dringendsten Aufgaben für die neue Bundesregierung?

Die Politik muss endlich einen großen Schritt in Richtung zu deutlich mehr Chancengleichheit im Bildungssystem machen. Dafür sollen aus den Sondervermögen mindestens 130 Milliarden Euro zusätzlich in die Bildung fließen. Zudem müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den Fachkräftemangel, der insbesondere an Kitas und Schulen gravierend ist, erfolgreich zu bekämpfen.

Wie kann dieses zusätzliche Geld konkret eingesetzt werden, um Chancengleichheit zu fördern?

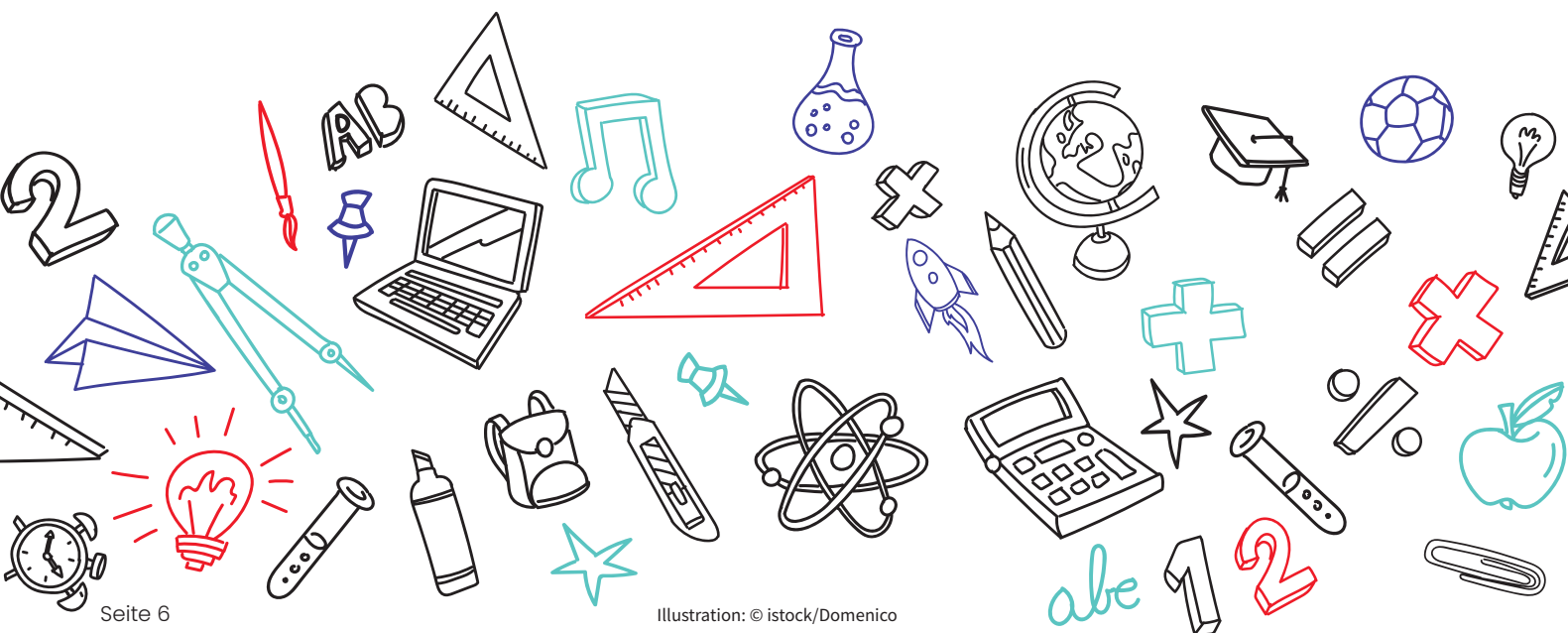
Solange der Bildungserfolg der Kinder und jungen Menschen weiterhin so eng an ihre soziale Herkunft gekoppelt ist, können wir nicht von Chancengleichheit sprechen. Das Bildungssystem insgesamt muss finanziell besser ausgestattet werden. Und die Ressourcen müssen vor allem dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden: in sozial benachteiligten Regionen und Stadtteilen, für arme Familien. Das Startchancenprogramm ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es muss allerdings mit mehr Geld ausgestattet und verstetigt werden.

Der Fachkräftemangel ist ein Dauerthema, besonders in Kitas und Schulen. Was muss geschehen, um mehr Menschen für pädagogische Berufe zu gewinnen?

Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen dringend verbessert, die Arbeitszeit muss verkürzt werden, um wieder mehr junge Menschen für diesen eigentlich wunderbaren Beruf zu gewinnen. Gleichzeitig muss zusätzliches Personal eingestellt werden, um Lehrkräfte beispielsweise von Verwaltungsaufgaben und der IT-Administration zu entlasten. Die GEW macht sich zudem – auch mit Blick auf den kommenden Ganzttag an Grundschulen – für multiprofessionelle Teams stark.

Inwiefern könnte die Digitalisierung dabei helfen, den Bildungsbereich zu entlasten?

Wir sind noch auf der Suche nach der Rolle und den Aufgaben der Digitalisierung. Klar ist, dass die Digitalisierung etwa im Unterricht nur unterstützenden Charakter haben kann. Es gilt das Primat der Pädagogik und der pädagogischen Beziehung. Es braucht Fortbildung und Forschung, insbesondere zur pädagogischen Nachhaltigkeit digitaler Medien. Die Schulen, Kinder und Lehrkräfte benötigen Zeit, Zeit und nochmals Zeit, um den digitalen Wandel zu gestalten.



Immer wieder kommt es vor, dass Kitas bei Krankheitswellen oder Personalmangel früher schließen müssen. Was braucht es, um in der frühkindlichen Bildung stabile Verhältnisse zu schaffen?

Die Politik muss endlich ein Kita-Qualitätsgesetz mit verbindlichen bundeseinheitlichen Standards verabschieden, um allen Kindern ihr Recht auf beste Bildung und verlässliche Rahmenbedingungen zu ermöglichen sowie die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte nachhaltig zu verbessern. Eine bundesweite Initiative soll die Attraktivität der Berufe verbessern und mit einer Reduzierung der Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen verbunden werden. Es darf zu keiner weiteren Dequalifizierung in der Ausbildung kommen. Im Gegenteil: Künftige Fachkräfte sind bestmöglich auszubilden, Höherqualifizierungen und Karrierewege müssen systemisch implementiert werden.

Der Gewerkschaftstag der GEW findet im Mai statt. Welche Themen werden dort im Mittelpunkt stehen?

Zur Bildungspolitik liegen beispielsweise Anträge zu den Themen „Qualität im Ganzttag entwickeln“, „Bekämpfung des Fachkräftemangels“, „Nachhaltige Bildung in der digitalisierten Welt“ und Künstlicher Intelligenz, zur „Stärkung der Demokratiebildung“ und der Neujustierung der „Schulpolitischen Positionen der GEW“ vor. Zudem wird sich der Gewerkschaftstag mit Fragestellungen wie „Streikrecht verteidigen – Beteiligungsrechte stärken“ sowie gesellschaftspolitischen Themen wie dem Rechtsruck in der Gesellschaft mit der Stoßrichtung „Aktiv gegen Rechts 3.0 – für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt“ beschäftigen.

 VERANSTALTUNGSTIPP:

**Demokratie beginnt mit Bildung:
GEW-Gewerkschaftstag 2025 in Berlin**

Die Bildungsgewerkschaft GEW lädt vom 20. bis 24. Mai zum 30. Gewerkschaftstag nach Berlin ein. Unter dem Motto „Demokratie beginnt mit Bildung“ kommen 432 Delegierte zusammen. Es geht um klare Positionen zu Bildungs- und Tarifpolitik, aber auch um die Wahl des neuen Geschäftsführenden Vorstands. Die Delegierten eint ein Ziel: Bildung als Schlüssel für eine gerechte Gesellschaft zu stärken. Themen wie Lehrkräftemangel, Tarifpolitik, ungleiche Bildungschancen und die Digitalisierung stehen im Fokus. Die GEW fordert bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne für alle Beschäftigten im Bildungsbereich. Die GEW setzt ein starkes Zeichen für Bildungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit – in Berlin und darüber hinaus.

<https://www.gew.de/gewtag25>



In den USA stehen Wissenschaft und Forschung zunehmend unter Druck. Wie können wir in Deutschland die Wissenschaftsfreiheit schützen?

Um eine Situation wie in den USA gar nicht erst entstehen zu lassen, muss die Wissenschaftsfreiheit gestärkt, es müssen Maßnahmen eingeleitet werden, die Machtmissbrauch und Diskriminierung verhindern. Um die prekäre Lage, in der sich viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befinden, zu verändern, müssen an den Hochschulen endlich Dauerstellen für Daueraufgaben geschaffen werden. Für Zeitverträge braucht es Mindestlaufzeiten, um den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Sicherheit zu geben. Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss deutlich erhöht werden, um die Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern.

Zum Abschluss: Wenn Du einen Blick in die Zukunft wirfst – wie sieht die Vision für das Bildungssystem in Deutschland aus?

Wir setzen uns für ein inklusives, gut ausfinanziertes, von qualifizierten Fachkräften getragenes Bildungssystem ein, das allen Kindern die bestmöglichen Entwicklungsmöglichkeiten bietet, das für Chancengleichheit steht und lebensbegleitendes Lernen möglich macht – von der Kita über alle Schulformen, die Hochschulen und Forschungseinrichtungen bis hin zur Weiterbildung. Dieses Bildungssystem bietet allen Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung. Es gibt den Lehrenden ausreichend Zeit, Lernprozesse so zu gestalten, dass alle Lernenden bestmöglich unterstützt und gefördert werden können. ■



Maike Finner ist seit 2021 Vorsitzende der GEW. Sie war als Lehrerin für Deutsch und Mathematik zuletzt Zweite Konrektorin der Realschule in Enger/Kreis Herford und viele Jahre als Personalrätin im Bezirk Detmold sowie im Hauptpersonalrat beim Schulministerium in Nordrhein-Westfalen (NRW) tätig. Von 2011 bis 2019 war sie stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW und seit Mai 2019 Landesvorsitzende. Seit 2013 ist sie Mitglied im Hauptvorstand der GEW.

Foto: © Kay Herschelmann

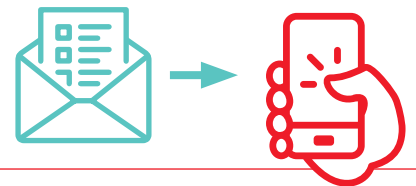




einblick newsletter als E-Mail

Immer und überall auf dem neuesten Stand: Hier können Sie den einblick als E-Mail abonnieren.

dgb.de/einblicknewsletter



8. Mai 2025: 80 Jahre Befreiung

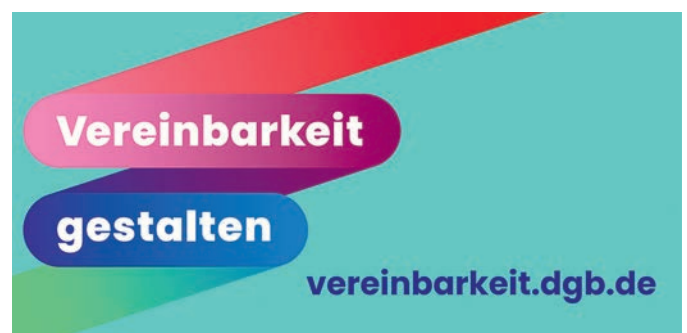
Die Spitzen von DGB und Gewerkschaften haben Anfang Mai im KZ Sachsenhausen dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren gedacht – und damit der Befreiung von der Nazi-Diktatur.

Vereinbarkeit gestalten: Ein Projekt für die Zukunft der Arbeit

Wie lassen sich Beruf, Familie und Privatleben unter einen Hut bringen? Diese Frage beschäftigt nicht nur Beschäftigte, sondern auch Betriebe. Denn wer Fachkräfte halten und gewinnen will, muss mehr bieten als ein gutes Gehalt. Flexible Arbeitszeiten, Homeoffice oder klare Wiedereinstiegsregelungen sind längst keine Kür mehr, sondern entscheidende Faktoren. Genau hier setzt das DGB-Projekt „Vereinbarkeit gestalten“ an.



Das Projekt unterstützt Betriebs- und Personalräte dabei, die Arbeitswelt familienfreundlicher und lebensnah zu gestalten. Ob es um Schichtpläne, anpassbare Arbeitszeiten oder Vereinbarkeitsregelungen in Tarifverträgen geht – die Möglichkeiten sind vielfältig. Doch oft fehlt es an konkreten Ideen oder der Umsetzung im Betrieb.



Hier hilft das Projektteam mit kostenfreier Beratung und praktischen Tipps. Ziel ist es, Lösungen zu entwickeln, die sowohl den Beschäftigten als auch den Unternehmen zugutekommen.

Das DGB-Projekt zeigt, wie Vereinbarkeit nicht nur ein Schlagwort bleibt, sondern Realität wird – und das ohne komplizierte Hürden. Ein unverbindliches Erstgespräch genügt, um den ersten Schritt zu machen. Mehr Informationen gibt es unter vereinbarkeit.dgb.de.